

Wahlprüfsteine zum Thema Schulwesen Landtagswahl Berlin 2016

Bergpartei, die "ÜberPartei"

1. Eine gute Schullandschaft ist die Basis des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Reichtums eines Landes und seiner Einwohner*innen.

Unsere Frage:

Teilen Sie die Ansicht, dass unser Schulwesen weiterentwickelt werden sollte, damit sich Fähigkeiten wie Mündigkeit, Kreativität und Verantwortungsbereitschaft bei unseren Schülerinnen und Schülern besser entwickeln können?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: ja, aber die annahme muss bestritten werden: kultureller (deutscher?), politischer (imperialistischer?) und wirtschaftlicher (neoliberaler?) reichum "unseres landes" sind absolut nicht die werte, nach denen sich eine "gute schullandschaft" orientieren sollte!!! schule war immer eine paramilitärische einrichtung, mit dem ziel, pünktlichkeit, gehorsam und das einhalten von pausen zu trainieren, welche eltern nicht vermitteln können. "kreativität" und selbständigkeit wurden längst als motoren des wirtschaftswachstums entdeckt. menschen verlangen und bekommen weniger lohn, wenn ihr job nach "selbstverwirklichung" riecht. mündigkeit ist ein neues wort für prekäre verträge und verantwortungsbereitschaft heißt nicht versichert zu sein. wir weisen darauf hin, das wir im kapitalismus leben und konkurrenz und leistungsdruck solange auf uns lasten werden, sowie der staat versucht, neue sponsor*innen für ihre bildungsausgaben zu gewinnen. natürlich ist ein selbstbestimmtes leben nur möglich, wenn ein gewisser informationsstand erreicht ist und komplexe fähigkeiten erlernt wurden. darum sollte es gehen! egal, wie eine andere welt aussehen könnte, es ist zentral, die nächsten generationen aus diese vorzubereiten. dennoch können wir nur vor dem gut gemeinten anspruch all jener warnen, die sich in der bildungspolitik engagieren, die sich selbst zu ändern aufgegeben haben und den kampf um befreiung der nächsten generation aufbürden wollen. freie schulen sollen weder eine erleichterung für den staatsetat sein, keine elitenförderung, keine sekten-nachwuchs-zentren, keine bundeswehr-kadettenschulen, aber auch keine staatlich-subventionierte verwahrstation. wohlwollend gelesen, will die initiative selbstbestimmte lebensweisen fördern, selbständiges denken, kritisches hinterfragen und kreative problemlösungen. wir, die bergpartei, die "überpartei" sehen die gefahr einer liberalisierung mit folgen, wie sie bei wasser, strom, wohnungsbaugesellschaften zu sehen waren. wir sind generell gegen den staat, gegen das eingreifen des staates in das profane leben und unterstützen natürlich alle bestrebungen, sich individuelle lösungen jenseits der pyramide von herrschaft. aber wir können nur warnen vor den konzernen, sekten, eliten, welche sich eine liberalisierung, wie sie von freie-schule erwünscht wird, unter garantie zum schaden der schüler*innen zunutze machen würden, wenn die gemeinschaft nicht mindestanforderungen festlegt, die eine chancengleichheit und diskriminierungsfreie behandlung garantieren! schule sollte die menschen dazu anhalten und befähigen, die welt zu einer besseren als die bestehende zu machen.

2. Staatliche Schulen besitzen zur Zeit wenig organisatorische Selbständigkeit. Sie haben z.B. kaum Personal- und Budgethoheit.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass staatliche Schulen in Bezug auf ihre Organisation mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen, z.B. im Bereich Personal, Budget oder Gebäudeverwaltung?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: klar brauchen schulen mehr spielraum. es ist ein massives problem, das schulleitungen jahrelang warten müssen, bis sie etwas bewilligt bekommen (was sie vor jahren gebraucht hätten). allerdings müssen die schüler*innen demokratisch in die organisation ihrer schulen miteinbezogen werden. denn: bräuchte die organisatorische selbstständigkeit von gefängnissen automatisch bessere haftbedingungen? es funktioniert nicht, gute "selbstbestimmung" gegen böse "staatliche vorschriften" auszuspielen.

3. Der Umfang der organisatorischen Verwaltungsaufgaben hat in den Schulen bereits in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Schulleiter*innen sind mit diesen Aufgaben oft jetzt schon an ihren Kapazitätsgrenzen.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass schon heute aufgrund der Vielzahl von Verwaltungs- und Gestaltungsaufgaben an jeder Schule neben dem schulischen auch ein kaufmännischer Leiter tätig sein sollte?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: bildung sollte sich nicht müssen, gewinn bringen. würden sich schulen selbstverwalten (wie die schule für erwachsenenbildung -sfe), verringerten sich der organisatorische aufwand und die kosten. gleichzeitig erhöhten sich jedoch die demokratische wertebildung der schüler*innen , welche durch ihre selbstverwaltung zusätzlich auch noch mit wichtigen soft- und hardskills ihre schullaufbahn beenden, die ihnen anders kaum zu vermitteln sind

4. Schulen in freier Trägerschaft erhalten in Berlin nur etwa zwei Drittel der öffentlichen Finanzierung, die vergleichbare Schulen in staatlicher Trägerschaft pro Schüler bekommen. Deswegen müssen sie Schulgeld erheben.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass Schulen in freier Trägerschaft in gleicher Höhe wie staatliche Schulen finanziert werden, damit sie kein Schulgeld mehr erheben und für alle öffentlich zugänglich sind.

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: aber nur genau dann, wenn sie kein schulgeld erheben. für eine progressive entwicklung unserer gesellschaft ist es wichtig, allen menschen den zugang zu alternativen schulen, welche vom konservativem duktus abweichen, zu ermöglichen.

5. In den ersten 3-5 Jahren nach Schulgründung erhalten Schulen in freier Trägerschaft in Berlin überhaupt keine öffentliche Finanzierung. Diese sog. Wartefrist ist im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr lang.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass bei Neugründungen von Schulen in freier Trägerschaft die öffentliche Finanzierung früher beginnt als bisher?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: sofort. es muss trotzdem sehr gut verfolgt und geprüft werden, wie sich die

sache entwickelt. es sollte kein versuch einer freien schule an den finanzern scheitern! wenn das konzept stimmt, sollte es eltern, pädagog*innen und regel-schul-verweiger*innen so einfach wie möglich gemacht werden, ihre eigene schule zu gründen, gleichzeitig soll die möglichkeit von beispielsweise ariosophischen dorfschulen natürlich verbaut bleiben

6. In den letzten Jahrzehnten wurden neue alternative Prüfungsmodelle entwickelt, welche die individuellen Fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler möglicherweise deutlich besser anregen und abbilden als die bisher üblichen Schulabschlüsse.

Unsere Frage:

Sind Sie dafür, dass Schulen die Möglichkeit bekommen, frei über ihre Abschlüsse und Prüfungsformen zu entscheiden?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: die frage ist doof. wieso eigentlich immer individuelle fähigkeiten, wieso nicht soziale oder gemeinsame fähigkeiten? wieso überhaupt prüfungen? hier stellt sich grundsätzlich die frage, welche funktion schulen eigentlich erfüllen sollen. sollen zeugnisse dazu dienen, menschen für den arbeitsmarkt vergleichbar zu machen? dann gilt es, das staatliche schulsystem überhaupt zu überdenken. die klassengesellschaft fängt sich durch die verschiedenen schulformen, die es schon bei den regelschulen gibt, am individuum schon früh einzuprägen. wenn alle nur zuhause bleiben würden, wäre bestimmt auch nicht so schön.

7. Das Schulwesen entwickelt sich zur Zeit häufig nicht auf Grundlage praktischen Erfahrungen vor Ort, sondern gesteuert durch politische Vorgaben.

Unsere Frage:

Können Sie sich vorstellen, dass unsere Schulen innovativer wären, wenn die staatlichen Behörden sich auf die Rechtsaufsicht beschränken und die inhaltlichen und methodischen Fragen (Pädagogik) durch die Schulen selbst gestaltet werden?

Ihre Antwort: Ja Nein

Kommentar: grundsetzlich denken wir: je mehr selbstverwaltung, vor allem durch die schüler, desto besser. gleichzeitig muss jedoch gesichert sein, dass schüler nicht im sinne politischer ideologien durch lehrer indoktriniert werden können, sondern ihr wissen auf basis demokratischer werte entwickeln. man darf den staat nicht mit der gemeinschaft gleichsetzen. schulen, die von öffentlichen geldern finanziert werden- was wir fordern- haben auch einen auftrag. natürlich müssen schulen von staat und kapital entkoppelt werden, damit bildung, schüler und gesellschaft nicht im status quo hängen bleiben. die anerkennung als schule muss reglementiert sein und sollte von dem grad der neutralität -oder wenigstens ausgewogenheit- abhängig sein, damit nicht etwa neue anerkannte nationalpolitische erziehungsanstalten entstehen, die kontrollinstanzen müssen unabhängig und an den interessen der schüler*innen orientiert sein. kleiner klassen mehrerer altersstufen..... is klar, ne?!